

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 05/2020

27. Jahrgang

14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 16. September 2020

Sicherheit für die Beschäftigten

Stadtverordnete geben Finanzierungszusage für TVöD im Klinikum



Bereits im Mai hatten die Stadtverordneten ja auf Basis eines gemeinsamen Antrags von LINKEN, SPD, Grünen und der Anderen die Rückkehr des städtischen Klinikums „Ernst von Bergmann“ und seiner Töchter in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) auf den Weg gebracht. Dieser sollte zum 01.06.2020 erfolgen. Die Umsetzung dieses Beschlusses zieht sich allerdings hin – insbesondere in den Töchtern Service und Catering. Hier hatte es zuletzt erhebliche Unruhe gegeben – hatte doch die Geschäftsführung im Rahmen einer Betriebsversammlung einen erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen zur Kompensierung der Mehrkosten in die Debatte eingebracht und damit für massive Verunsicherung bei den Beschäftigten gesorgt. „Der Abbau von Arbeitsplätzen ist selbstverständlich keine Option als Gegenfinanzierung für tarifgerechte Bezahlung!“ machte Stefan Wollenberg, Fraktionsvorsitzender der LINKEN bei der Einbringung eines Dringlichkeitsantrags deutlich, der in Reaktion auf diese Ankündigungen entstand. „Als Kommune sind wir in der Pflicht, für gute Arbeitsbedingungen und tarifgerechte Entlohnung in den städtischen

Unternehmen zu sorgen. Und die Bezahlung kann selbstverständlich nicht davon abhängen, ob jemand im Mutterkonzern oder in einer Tochter beschäftigt ist!“ Mit dem Beschluss, der ebenfalls von LINKEN, SPD, Grünen und der Anderen getragen wurde, geben die Stadtverordneten nun noch einmal eine Finanzierungsgarantie gegenüber dem Klinikum ab. Mehrkosten, die aus der Einführung des TVöD entstehen, sollen aus dem städtischen Haushalt getragen werden, soweit dies „rechtlich zulässig und wirtschaftlich erforderlich“ ist. Das ist kein Freibrief für das Klinikum – das Unternehmen muss auch eigene Anstrengungen initiieren, um die notwendigen Mittel darzustellen. Allerdings dürfen diese Bemühungen nicht länger auf dem Rücken der Beschäftigten unternehmen werden. Das ist mit dem gefassten Beschluss nunmehr sichergestellt. Wollenberg verband die Entscheidung mit der Erwartung, dass die zum 1.6. beschlossene Überführung für alle Beschäftigten nun auch bis zum Jahresende abgeschlossen wird.

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

„#WirhabenPlatz“ – diese deutliche Botschaft setzten viele Potsdamer*innen bei zwei Demonstrationen nach der Brandkatastrophe im Flüchtlingslager Moria. Und so positionierte sich



auch die Stadt selbst im Rahmen ihrer Präsentation auf der Einheits-Expo. Ich bin stolz, in einer Stadt zu leben, die solidarisch und hilfsbereit agiert und die Augen nicht verschließt vor dem Elend an Europas Grenzen. Gemeinsam mit vielen anderen Kommunen des Bündnisses, „Sicherer Häfen“ hat auch Potsdam sich mit einem offenen Brief an die Bundesregierung gewandt. Die Forderung ist klar: der Bundesinnenminister soll sich der Aufnahme von Geflüchteten in den aufnahmewilligen Kommunen nicht länger in den Weg stellen.

An 30 Jahre demokratisch gewählte Stadtverordnetenversammlung erinnerte ein Festakt am Vorabend der Plenarsitzung. Die Veranstaltung konzentrierte sich dabei vor allem auf die Ereignisse von 1989/90 – zu sagen gäbe es über die letzten 30 Jahre sicher einiges mehr. Die Diskussionsfreudigkeit der Potsdamer Stadtverordneten ist wohl bundesweit einzigartig. Das war schon 1990 so – und ist es bis heute geblieben. Gemeinsam ringen wir um die besten Lösungen für unsere Stadt, im Großen wie im Kleinen. Und wir sind dabei auch auf Ihre Unterstützung angewiesen. Deshalb nutzen auch Sie jede Gelegenheit, mit uns ins Gespräch zu kommen zu den Themen und Anliegen, die sie bewegen in unserer Stadt. Vielleicht in einer unserer nächsten Bürgersprechstunden – die Termine finden Sie auf der Rückseite des Rathausreports.

Ihr Stefan Wollenberg

Bestehende Bevölkerungsstruktur in Stadtquartieren schützen

In einer wachsenden Stadt wie Potsdam wächst auch massiv der Druck auf den Wohnungsmarkt, Mieten von 15 Euro pro Quadratmeter sind in Potsdam auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt leider keine Seltenheit mehr. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Viele Menschen mussten schon aus ihrer angestammten Umgebung



wegziehen, weil sie sich die hohen Mieten einfach nicht mehr leisten konnten. Dabei führen vor allem teure bauliche Veränderungen dazu, dass bezahlbarer Wohnraum für angestammte Bevölkerungsgruppen in den Stadtgebieten knapper wird und sie aus ihrem Umfeld verdrängt werden. Um Luxussanierungen zu begrenzen, kann die Stadt eine Soziale Erhaltungssatzung beschließen. So kann die Stadt bauliche Veränderungen untersagen und dadurch Mieter vor sogenannten Luxus-sanierungen, stark steigenden Mieten und Vertreibung aus der angestammten Wohnumgebung schützen. Erstmals in Potsdam wurde nun ein Beschluss zur Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gefasst. Mit diesem Beschluss der LINKEN können wertsteigernde und Luxusmodernisierungen für ein Jahr zurückgestellt werden. Damit wird die von der Wählergruppe die aNDERE 2019 gestartete Initiative zur Vorbereitung einer Sozialen Satzung durch diese konkrete Handlungsmaßnahme für den Stadtbereich um das RAW-Gelände unterstützt. Nachdem die Verwaltung auf den Antrag der aNDEREN weitestgehend untätig geblieben ist, werden wir uns gemeinsam weiter für bezahlbare Mieten und den Schutz der angestammten Bevölkerungsgruppen vor Verdrängung einsetzen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Grundschulalter sicherstellen

Das Thema der Kinderbetreuung beschäftigt unsere Fraktion im vergangenen Jahr besonders, immer wieder erfragen wir in kleinen Anfragen Informationen, die dann teilweise auch in Anträge und später Beschlüsse münden, z. B. zum preisgünstigen Mittagessen in der Tagespflege (beschlossen) oder im Hort (noch in der Beratung). In der vergangenen SVV wurde zudem ein notwendiger Beschluss zu den Hortbetreuungszeiten in den Ferien gefasst. Diese müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Dazu zählt, dass in den Ferien ebenfalls ein ähnlicher Betreuungsumfang wie in den Schulzeiten gewährleistet sein muss. Dies

handhaben bisher aber nicht alle Träger so, sodass einigen Eltern in den Ferien weniger und damit zu wenig Stunden zur Verfügung stehen. Um hier Klarheit zu schaffen, wird die Stadt ab sofort gesonderte Bescheide für den Rechtsanspruch in der Schulzeit und für die Schulferienzeiten ausstellen. Damit sind jedoch keine höheren Kosten für die Familien verbunden, es geht nur um eine Klarstellung für die freien Träger. So sorgen wir einmal mehr für Familienfreundlichkeit in Potsdam.

Tina Lange, Stadtverordnete

Fragen – Antworten

Bericht des Oberbürgermeisters

Im Zusammenhang mit dem Bericht des Oberbürgermeisters kritisierte Hans-Jürgen Scharfenberg, dass die Festveranstaltung zu 30 Jahren Stadtverordnetenversammlung das Thema verfehlt und lediglich zu einer Fußnote gemacht habe. Das sei darauf zurückzuführen, dass der Vorsitzende Pete Heuer die Vorbereitung der Veranstaltung zum bestens gehüteten Geheimnis gemacht habe. Ohne die Fraktionen in der erforderlichen Weise einzubeziehen.

Ehemalige Wohngebietsgaststätte "Zum Keiler"

Seit geraumer Zeit steht die Wohngebietsgaststätte in der Waldstadt I leer. Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg fragte dazu den Oberbürgermeister, ob in den Räumlichkeiten neue Entwicklungen geplant sind? Bernd Rubelt informierte dazu, dass es wohl Planungen für ein viergeschossiges Wohnhaus gäbe, allerdings noch kein Bauantrag vorliege.

Neuer Verwaltungscampus

Seit Längerem ist bereits eine Umgestaltung der Stadtverwaltung geplant. Verschiedene Varianten, auch Neubauten bis 2026 sind im Gespräch und sollten in einer Machbarkeitsstudie erörtert werden. Sascha Krämer (DIE LINKE) wollte vom Oberbürgermeister wissen, wie der Stand in dieser Frage ist.

Dieter Jetschmanegg, Dezernent für die Zentrale Verwaltung informierte, dass die Studie vergangene Woche vergeben worden ist, aus Corona-Gründen leicht verspätet, man wolle sie aber im Frühjahr vorlegen und den Start 2026/27 halten.

Mehr Sicherheit für Radfahrer

Im Februar diesen Jahres hatte der Bundesrat beschlossen, dass auf sämtlichen Fahrradschutzstreifen ein generelles Halteverbot besteht, da das Ausweichen auf die Fahrspur für Radfahrer lebensgefährlich ist. Jedoch ist immer wieder zu beobachten, dass neben privaten PKW vor allem Lieferfahrzeuge immer wieder die Schutzstreifen blockieren. Stadtverordnete Sascha Krämer fragt dazu den Oberbürgermeister, welche Maßnahmen getroffen werden, um die Regel dauerhaft und nachhaltig durchzusetzen? Beigeordnete Meier zitiert das Ordnungsamt, welches nicht wisse, wo der Lieferverkehr sonst stehen sollte. Es gäbe laut Meier (SPD) einen Zielkonflikt zwischen Lieferverkehr, Fahrzeugen der STEP und dem Fahrradverkehr. Lediglich mit Knöllchen kann gearbeitet werden.

Beschlossen

Gespräche mit Deutsche Wohnen

Der Oberbürgermeister soll Gespräche dazu aufnehmen, dass die Deutsche Wohnen mit ihrem für den neuen Stadtteil Krampnitz geplanten Bestand von 1800 Wohnungen einen deutlichen Beitrag zur Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen leistet. Bei der Einbringung dieses Antrages der Linksfraktion erinnerte Hans-Jürgen Scharfenberg daran, dass der Vorstandsvorsitzende des DAX-Unternehmens Anfang 2017 im Hauptausschuss eine durchschnittliche Miete in Höhe von 8,50 Euro angekündigt hatte. Davon ist heute keine Rede mehr. Da das Unternehmen mehr als ein Drittel der für Krampnitz geplanten etwa 5000 Wohnungen bauen und als erstes an den Markt gehen wird,

muss die Stadt ihr Interesse wirksam geltend machen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und stärkt die Verhandlungsposition des Oberbürgermeisters.

Aufenthaltsqualität in der Karl-Liebnecht-Straße verbessern

Auch in Babelsberg, zwischen dem AWO-Kulturhaus und der Karl-Liebnecht-Straße ist die Aufenthaltsqualität verbesserungswürdig. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hat die Stadtverordnetenversammlung nun beschlossen zu prüfen, wie das realisiert werden kann. Dazu sollen auch die Aktionsgemeinschaft Babelsberg, Babelsberg Netzwerk und bestehende Vereine und Verbände sowie die Bruno H. Bürger-Grundschule, die AWO und anliegende Gewerbetreibende mit einbezogen werden. Im April 2021 soll ein Ergebnis des Prüfauftrages vorliegen.

Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung bei erneuter Elternzeit

Für Eltern in Elternzeit sollen für bereits in Kindertagesbetreuung befindliche Kinder zukünftig nun auch 8 statt 6 Stunden Betreuung ermöglicht werden. So will man dem Kindeswohl aller Kinder gerecht werden: Die Neugeborenen werden nicht in starre Zeitrhythmen gepresst und die älteren Geschwister können die Bildungsangebote und Zeit mit ihren Freunden wahrnehmen. Die Verwaltung prüft nun zunächst die entstehenden Kosten. Damit wird auch einer wichtigen Forderung des Kreiskitaelternbeirates Rechnung getragen. Stadtverordnete Tina Lange (DIE LINKE) griff mit ihrem Antrag eine bereits seit Langem bestehende Diskussion im Kitaelternbeirat auf, wonach die verkürzte Betreuungszeit von nur 6 Stunden bei erneuter Elternzeit an der Lebensrealität der Eltern und auch der Kinder vorbei ginge. Nun wird es hoffentlich zeitnah den Eltern möglich sein, sofern der Wunsch danach besteht, auch während der Elternzeit ihre Kinder acht Stunden in die Kinderbetreuung zu geben.

Schatten auf Spielplätzen

In der vergangenen Stadtverordnetenversammlung ist unser Antrag zur weiteren Prüfung zunächst in den Bauausschuss überwiesen worden. Von dort kam er nun zurück und ist mit großer Mehrheit beschlossen worden. Die Hitze wird auch für die Landeshauptstadt Potsdam zunehmend zur Belastung, nicht nur bei der Frage der Grünanlagen. Eine Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tina Lange aus dem Juni 2020 zeigte auf, dass in Pots-

dam 31 kommunale Spielplätze unbeschattet sind, die Kinder also ohne Schutz vor der prallen Sonne bleiben. Diese 31 Spielplätze sollen nun bis Ende 2021 zunächst mit einem kurzfristigen Teilsonnenschutz mittels Sonnensegel ausgestattet werden. Mindestens 50% des jeweiligen Areals sollen geschützt werden. Landfristig soll der notwendige Schatten durch geeignete Bepflanzung erreicht werden.

Friedhof für Krampnitz

Krampnitz und dessen Infrastruktur ist mitnichten das erste Mal Thema in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. Neben Schulplätzen, Einkaufsmöglichkeiten und Verkehrsanschließung gehört zur funktionierenden Stadtplanung aber auch eine ausreichend große Friedhofsfläche. Daran hatte Tina Lange bereits in einer kleinen Anfrage erinnert, in dessen Beantwortung deutlich geworden war, dass die bisher vorgehaltene Erweiterungsfläche des Friedhofs Fahrland zu großen Teilen nun zur Wohnbebauung genutzt werden soll. Die so übrig bleibende Fläche wäre für die Größe des Ortsteils zu klein. DIE LINKE beantragte aus diesem Grund, eine Fläche für einen Friedhof in Krampnitz in die Bauleitplanung aufzunehmen. Diesem Antrag wurde zugestimmt.

Überwiesen

Prioritäten Gehwegsanierung

Immer wieder stellt auch DIE LINKE Anträge zu fälligen Sanierungen von Gehwegen in der Landeshauptstadt. Beschwerden von Anwohnern und kleine Anfragen zeigen immer wieder einen hohen Bedarf, da die Zustände in vielen Teilen der Stadt, vor allem aber im Süden, oft sehr mangelhaft sind. Zusammen mit den Grünen beantragte DIE LINKE darum, statt Stückchen für Stückchen vorzugehen, einen aktuellen Plan der Verwaltung für die Sanierung zu erarbeiten, in dem verbindlich festgelegt werden soll, in welcher Abfolge in den kommenden fünf Jahren die Sanierung der entsprechenden Gehwege realisiert werden soll.

Der Antrag ist zur weiteren Beratung in den Bauausschuss überwiesen worden, wir bleiben dran!

Fläche für den Sport sichern

Der Sportverein ESV Lok Potsdam hat eine lange Tradition in der Landeshauptstadt. Aktuell trainieren 1300 Sportlerinnen und Sportler in 13 Abteilungen auf dem Gelände der Bundeseisenbahnvermögen (BEV) in der Berliner Straße 67. Die BEV hat nun

jedoch angekündigt, den Erbaupachtzins neu zu berechnen, was dazu führen würde, dass der Verein sich die Pacht der Fläche nicht mehr leisten können. Sportflächen sind generell knapp in Potsdam, immer wieder finden Vereine keine Flächen. SPD und DIE LINKE beantragten darum, den Oberbürgermeister zu beauftragen, Verhandlungen mit dem BEV aufzunehmen um den Erwerb der Fläche zu erreichen. So kann die Sicherstellung im kommunaler Hand realisiert werden und die Fläche für den ESV Lok Potsdam als Vereinsheimat erhalten bleiben. Der Antrag ist zunächst in den Hauptausschuss überwiesen worden.

Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern

Der Johan-Bouman-Platz ist der zentrale Platz für die Menschen im Bornstedter Feld. Erst ist günstig gelegen und schnell erreichbar. Trotz einiger Sitzmöglichkeiten und vereinzelter Händlern wird der Platz, der sich in den Sommermonaten stark erhitzt, wenig genutzt. Mehr Grün, Wasserspender, Spielgeräte, Infotafeln und vor allem ein regelmäßiges Nutzungskonzept können aus dem Platz ein lebendiges Zentrum machen.

Der Oberbürgermeister soll beauftragt werden, Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes im Bornstedter Feld sowie einer nachhaltigen Entsiegelung und Begrünung einzuleiten. Dabei sind die Akteure vor Ort (bspw. Stadteilladen, Interessenvertretung Bornstedter Feld, Gewerbetreibende und Anwohner) in die Planung einzubeziehen. Des Weiteren soll er beauftragt werden, gemeinsam mit den Händlern zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein regelmäßiger Wochenmarkt auf dem Bouman-Platz stattfinden kann. Zunächst ist der Antrag überwiesen worden.

Abgelehnt

Verkaufsoffene Sonntage

Es soll auch in diesem Jahr in der Weihnachtszeit am 2. und am 4. Advent in Potsdam zwei stadtweite einkaufsoffene Sonntage geben, allerdings erneut mit Ausnahme mehrerer Stadtteile. Dazu zählt der Stern mit Stern-Center und Porta. Die Linksfraktion forderte mit einem Änderungsantrag, dass diese Sonntagsöffnung auch für das Einzelhandelszentrum Am Stern gelten soll. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete das u.a. damit, dass der Potsdamer Süden nicht dauerhaft abgekoppelt werden soll. Der Änderungsantrag wurde abgelehnt.



15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Universität Potsdam, Campus III - Griebnitzsee, Haus 6, Hörsaal 5
04. November 2020, Beginn 15 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 5/2020

24. September bis 29. September 2020 (außer Sa. und So.)

Bürgersprechstunde von Stefan Wollenberg Fraktionsvorsitzender

Am 30. September 2020 15:00 bis 17:00 Uhr,
Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3 in 14469 Potsdam
Voranmeldungen sind möglich unter:
Telefon: 0331-2893051 oder
Mail: dielinke-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Telefonische Bürgersprechstunde Sascha Krämer Fraktionsgeschäftsführer

Am 29. September 2020, von 10:00 bis 12:00 Uhr; Stadthaus, Raum 3.107, Friedrich-Ebert-Straße 79/81
Unter: Telefon: 0331-2893051
Mail: dielinke-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Rathausreport live

08.11.2020 von 10-12.00 Uhr
Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE
Zeppelinstraße 7; 14471 Potsdam

Zwischen Krampnitz und Baggersee



Zum traditionellem Rathausreport live am 20. September 2020 hatten die Fraktionsvorsitzende der LINKEN.Potsdam, Dr. Sigrid Müller, und der Stadtverordnete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg ins Bürgerhaus „Stern*Zeichen“ eingeladen. Ebenfalls mit dabei die Stadtverordnete Jana Schulze (siehe FOTO). Und wie gehabt war der politische Frühschoppen thematisch geteilt. Im ersten Teil berichtete die Fraktionsvorsitzende über die Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung vom 16. September 2020. Um die 100 Tagesordnungspunkte hatten dort wieder auf dem Programm gestanden. Und wieder schafften die Abgeordneten nicht, in über 7 Stunden die ganze Palette abzuarbeiten. „Nachsitzen“ war aber nicht angesagt. Denn es gilt die beschlossene Festlegung, dass diese Anträge in die betreffenden Ausschüsse zur Beratung gehen, um dann in der nächsten SVV zur Beratung anzustehen.

Worüber informierte die Fraktionsvorsitzende? Da standen Informationen über das Werden und Wachsen des neuen Wohngebiets am anderen Ende der Stadt, in Krampnitz, als Schwerpunkt. Die Entwicklung des Stadtteils, der auf dem 150 Hektar großen ehemaligen Militärgelände zwischen Krampnitzsee, Fahrländer See und Döberitzer Heide entsteht. In den kommenden zehn bis 15 Jahren wird dort für bis zu 10.000 Potsdamerinnen und Potsdamer Wohnraum geschaffen. Hans-Jürgen Scharfenberg wies auf den Antrag der LINKEN hin, der sich mit der unbedingt notwendigen Aufnahme von Gesprächen mit dem späteren Eigentümer von zu bauenden 1.800 Wohnungen befasst, der „Deutsche Wohnen“. Das Stichwort heißt: „bezahlbares Wohnen“ muss gesichert

werden. Das Glockenspiel der Garnisonkirche, die Kitaelternbeitragsordnung und die Kitabetreuung, die Gehwegsanierung in Potsdam (nach der erfolgreichen in der Ziolkowskistraße!), die Situation EvB-Klinikum und der ÖPNV mit Blick auf den Nahverkehrsplan 2019 – 2023 waren weitere Informationsthemen. So wurde zur SVV einer von der Rathauskooperation und der Fraktion Die Andere eingebrachte Beschlussvorlage für eine finanzielle Unterstützung des angeschlagenen Klinikum EvB mit großer Mehrheit zugestimmt.

Ein Heimspiel hatten im Stern*Zeichen unbesehen Hans-Jürgen Scharfenberg und Jana Schulze. Und in der gesamten Breite wurden auch die Themen von vor Ort behandelt. So zum Konzept für das Jagdschloss Stern, ebenfalls einem Dauerbrenner für DIE LINKE am Stern. Mit seinem schon im 18. Jahrhundert bestehenden Gartenausschank (wie er um 1780 in zeitgenössischen Aquarellen festgehalten wurde) war das dazu gehörige Kastellanhaus die älteste Potsdamer Ausflugsstätte und ein beliebtes Ziel für viele Potsdamer und Berliner besonders am Wochenende. Goethe und Fontane waren dort. Nun muss „nur“ die Finanzierung des gesamten Ensembles gefunden werden. Die Nutzung soll wieder aufgegriffen und ebenso zeitgemäß wie zukunftsweisend neu interpretiert werden. Wie gut jahrelanges Bohren der LINKEN wirkt, zeigt u. a. das neue Funktionsgebäude auf dem Sportplatz des Vereins Fortuna Babelsberg. Mit auf den Weg bekamen die Stadtverordneten die von einem Bürger vorgebrachten unmöglichen Zustände an der „geduldeten“ Baggersee-Badestelle. -bm

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam